

**Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses**  
**am 18.03.2010**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

**Anwesend:**

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitzender)

**CDU**

Herr Helling

Herr Nettelstroth (Stellv. Vorsitzender)

Herr Rüter

Herr Dr. von der Heyden

**SPD**

Frau Biermann

Herr Fortmeier

Herr Hamann

Herr Sternbacher

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Rees

Frau Dr. Schulze

**BfB**

Herr Schulze

**FDP**

Herr Buschmann

**Die Linke**

Frau Schmidt

**Bürgernähe**

Herr Schmelz

**Entschuldigt fehlt:**

Herr Lux, CDU

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Frau Beigeordnete Ritschel

Herr Beigeordneter Moss

Herr Beigeordneter Kähler

Herr Berens, Amt für Finanzen

Frau Stude, Büro des Rates

Herr Schlüter, Presseamt

Herr Kricke, Büro des Rates, Schriftführer

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen stellt die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Beteiligungsausschusses sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 09.03.2010 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Herr Hamann beantragt für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie für die FDP-Fraktion die Tagesordnungspunkte 6 und 7 von der Tagesordnung zu nehmen und so lange zurückzustellen, bis ein Gesamtkonzept für den Haushalt vorliege.

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass es sich bei den beiden Tagesordnungspunkten um einfache Geschäfte der laufenden Verwaltung handle, über die die Politik informiert werde. Die Verwaltung werde die Maßnahmen wie dargestellt umsetzen.

Frau Schmidt beantragt die beiden Punkte auf der Tagesordnung zu belassen. Eine Umsetzung ohne vorherige Beratung könne sie nicht akzeptieren.

### B e s c h l u s s:

**Der Tagesordnungspunkt 6 „Gebührenerhöhung im Bereich der Fahrerlaubnisbehörde“ und der Tagesordnungspunkt 7 „Gebührenerhöhung im Bereich der Kfz-Zulassungsbehörde“ sind von der Tagesordnung zu nehmen und so lange zurückzustellen, bis ein Gesamtkonzept für den Haushalt vorliegt.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

---

Zu Punkt 1

### Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 2. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 18.02.2010

### B e s c h l u s s:

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 2. Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 18.02.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

## Zu Punkt 2

### Mitteilungen

#### Punkt 2.1

##### Errichtung eines Bioinnovationszentrums in Bielefeld

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf den von der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft (WEGE) mbH im November letzten Jahres gestellten Förderantrag zur Realisierung eines Bioinnovationszentrums und teilt mit, dass der Projektträger Jülich am gestrigen Tag mitgeteilt habe, dass die vom Wissenschaftsministerium eingesetzte Jury dem Ministerium andere Wettbewerbsbeiträge zur Förderung empfohlen habe und sich der Förderantrag der WEGE mbH somit nicht hätte durchsetzen können. Diese Entscheidung sei für ihn eine große Enttäuschung, da die Einrichtung eines Bioinnovationszentrums im Antragsverfahren überzeugend argumentiert und mit dem herausragenden Kompetenzprofil und den Zukunftschancen der Biotechnologie in Bielefeld und der Region begründet worden sei. Besonders zu betonen sei, dass es im Rahmen der Konzeption und der Planung des Zentrums gelungen sei, mit Hilfe eines regionalen Unterstützerkreises, bestehend aus Vertretern der Bielefelder Hochschulen, exponierten Wissenschaftlern und Unternehmen sowie der Industrie- und Handelskammer (IHK) und des Netzwerks Biotech.OWL e. V. das Zentrum so zu profilieren, dass es das Landescluster Bio.NRW und die bestehenden Biotechnologiezentren in NRW deutlich gestärkt hätte.

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt abschließend, dass noch wie vor alles dran gesetzt werde, dass die Biotech-Firmen in Bielefeld bleiben und die Chancen für Neugründungen und Neuansiedlungen genutzt würden. Vor diesem Hintergrund werde gemeinsam mit dem Unterstützerkreis, der IHK, der Universität und der Fachhochschule beraten, wie dieses für Wachstum und Beschäftigung in der Region OWL so bedeutsame Vorhaben doch noch realisiert werden könne. Er werde die zu führenden Gespräche zeitnah organisieren und bitte im weiteren Verfahren auch ausdrücklich um die Unterstützung aller im Rat vertretenen Parteien.

-.-.-

#### Punkt 2.2

##### Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld

Herr Oberbürgermeister Clausen teilt mit, dass er am gestrigen Tage an einer Dienstbesprechung der Bezirksregierung teilgenommen habe, in der über den Sachstand zur Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld informiert worden sei. Zurzeit sei im Gespräch, eine medizinische Fakultät an der Universität nach dem so genannten „Bochumer Modell“ einzurichten. Demzufolge würde der vorklinische und klinisch-theoretische Bereich in den ersten vier Semestern an der Universität gelehrt, den klinischen Praxisausbildungsteil würden geeignete Kliniken aus Bielefeld und OWL gegen eine Erstattungszahlung übernehmen. Sollte das Vorhaben realisiert werden, sei mit einem einmaligen Investitionsvolumen von rd. 140 Mio. Euro und laufenden Betriebskosten (inklusive der Erstattungen an die Kliniken) von ca. 39 Mio. Euro zu rechnen. Benötigt würden 110 Stellen im wissenschaftlichen Personal sowie 185 Stellen im Bereich der Technik etc.. Der denkbar früheste Beginn wäre zum Wintersemester 2012/2013, so dass die klinische Ausbildung 2014/2015 beginnen könnte. In diesem Zusammenhang werde über eine Fakultät diskutiert, die Kapazität für 200 Studierende bieten würde. Ge-

genwärtig gebe es in der Bundesrepublik 32 Universitäten mit medizinischen Fakultäten, sieben davon seien in Nordrhein-Westfalen angesiedelt. In NRW gebe es rund 17.350 Studierende, was ca. 1.900 Studienanfängern entspreche, deren Zahl eine deutlich steigende Tendenz aufweise.

Durch die Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Bielefeld könne einerseits dem Ärztemangel (ca. 1.000 Mediziner in NRW, in OWL rd. 400) entgegen gewirkt werden. Andererseits würde dadurch auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass in 2013 aufgrund der verkürzten Schulzeit zwei Abitur-Jahrgänge Studienplätze nachfragen würden.

In der gestrigen Diskussion habe dahingehend Einvernehmen bestanden, dass - unabhängig von der Frage der Klinikbeteiligung - eine medizinische Fakultät an der Universität Bielefeld eine enorme Chance für die gesamte Region OWL sei, da zum einen die medizinische Versorgung in der Region verbessert und zum anderen die Gesundheitswirtschaft in OWL mit ihren zurzeit 117.000 Arbeitsplätzen erheblich bereichert würde. Eine Entscheidung über die Realisierung des Vorhabens werde voraussichtlich erst nach der Landtagswahl im Mai fallen.

-:-

Zu Punkt 3

### Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-:-

Zu Punkt 4

### Anträge

Anträge liegen nicht vor.

-:-

Zu Punkt 5

### Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Bielefeld - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0491/2009-2014

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die ergänzenden Erläuterungen des Feuerwehramtes zur Notwendigkeit der Gebührenerhöhung.

### B e s c h l u s s:

**Der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Bielefeld vom**

**10.12.1998 gem. Anlage zu beschließen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Gebührenerhöhung im Bereich der Fahrerlaubnisbehörde**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0633/2009-2014

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Gebührenerhöhung im Bereich der Kfz-Zulassungsbehörde**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0634/2009-2014

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Satzung für die Anordnung einer Veränderungssperre für eine Fläche westlich der Hellingstraße (Entscheidung des Haupt- und Beteiligungsausschusses im Wege der Dringlichkeit nach § 60 Abs. 1 GO NRW)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0306/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss im Wege der Dringlichkeit nach § 60 Abs. 1 S. 1 GO NRW folgenden

**B e s c h l u s s:**

**Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für eine Fläche westlich der Hellingstraße (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III /3/88.00 "Am Uhlenteich") wird beschlossen. Für die genaue Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan im Maßstab 1:1.000 vorgenommene Eintragung (rote Linie) verbindlich.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

**Veräußerung der Geschäftsanteile an der Kommunale Aktio-  
närvereinigung RWWE GmbH und der Kommunale Beteili-  
gungsgesellschaft RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH durch  
die BBVG**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0529/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Beteiligungsausschuss folgenden

**B e s c h l u s s:**

**Der Veräußerung der Geschäftsanteile an der Kommunale Aktio-  
närvereinigung RWWE GmbH und der Kommunale Beteiligungsgesellschaft RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH durch die BBVG wird zugestimmt.**

- einstimmig beschlossen -

---